

# Darlehen und Sondervermögen

## Bundeskabinett legt Bundeshaushalt 2025 und Finanzplanung ab 2026 vor

Die gesetzlichen Krankenversicherungen sollen mit zusätzlichem Geld des Bundes gestützt werden. Das Bundeskabinett verständigte sich in den Eckpunkten für den Haushalt 2025 unter anderem auf zwei neue Darlehen und eine spätere Rückzahlung eines alten Darlehens, teilte das Bundesgesundheitsministerium (BMG) mit. Dies soll die Kassen übergangsweise um 5,6 Mrd.€ entlasten.

### BMG: Entlastung für Krankenhäuser

Mit der Finanzierung des Krankenhaustransformationsfonds aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität wird die GKV über 10 Jahre von jährlich 2,5 Mrd. € sonst zusätzlichen Kosten entlastet, so das Bundesgesundheitsministerium. Zudem würden die Sofort-Transformationskosten der Krankenhäuser aus den Jahren 2022 und 2023 durch einen aus Bundesmitteln zu finanzierenden Rechnungszuschlag für die Behandlung von gesetzlich Krankenversicherten aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität finanziert. Diese Mittel entlasteten allerdings nicht die GKV, sondern die Krankenhäuser.

Durch die Darlehen kann die Finanzierungslücke in der GKV 2026 erheblich reduziert, aber nicht geschlossen werden. Die zugesagten Darlehen werden somit nicht ausreichen, um im kommenden Jahr Beitragssatzsteigerungen zu verhindern. Ursächlich ist eine extrem hohe Ausgabedynamik. Nach derzeitiger Einschätzung dürfte die verbleibende Finanzierungslücke für 2026 auf rund 4 Mrd. € reduziert werden. Das reiche jedoch noch nicht, um Beitragssatzsteigerungen im neuen Jahr zu verhindern. Grund seien extrem stark steigende Ausgaben.

Die Mittel sollen zusätzlich zum regulären Bundeszuschuss von 14,5 Mrd € kommen. Wegen steigender Kosten waren die Zusatzbeiträge, die die Kassen jeweils für ihre Versicherten festlegen, zu Jahresbeginn bereits gestiegen.

„Ich bin mir mit dem Bundesfinanzminister einig, dass wir Beitragserhöhungen verhindern müssen, um den Wirtschaftsaufschwung nicht zu gefährden“, so Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU). Mit den zugesagten Darlehen für die GKV und SPV werde das kaum gelingen. Außerdem würden mit Darlehen die Probleme von GKV und SPV nur aufgeschoben, aber nicht aufgehoben. „Deshalb begleiten wir die aktuellen Nothilfen mit Strukturreformen“, so Warken weiter. Zwei Kommissionen sollen schnell Ergebnisse vorlegen, um mittel- und langfristige Lösungen zu finden.

Doch könne der Haushaltsentwurf nicht das letzte Wort sein kann. „Ich setze dabei aufs parlamentarische Verfahren“, so Warken.

Die Vorstandsvorsitzende des Verbandes der Ersatzkassen e. V. (vdek), zeigte sich enttäuscht: „Wir brauchen in den weiteren Haushaltsberatungen Nachbesserungen, um Beitragssteigerungen zu verhindern“, so Ulrike Elsner. Die in Aussicht gestellten Darlehen seien allenfalls ein erster kleiner Schritt, um die angespannte Finanzsituation in der GKV und SPV kurzfristig abzumildern, keine Lösungen für eine nachhaltige Stabilisierung der beiden Sozialversicherungszweige: „Essenziell ist die dauerhafte kostendeckende Übernahme aller versicherungsfremden Leistungen und der Aufwendungen für die Gesundheitskosten für Bürgergeldempfangende.“ *krii* ■



Foto: fotolia